

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt, Präsident
der Sozialistischen In-
ternationale, Vorsitzen-
der der Sozialdemokrati-
schen Partei Deutschlands,
zum 10. Jahrestag der
"Revolution der Nelken":
Gute Wünsche für Portugal.
Seite 1

Günter Verheugen MdB zur
sicherheitspolitischen
Diskussion: Braucht der
Westen eine neue Strate-
gie? (I)

Seite 3

Dokumentation

Der Arbeitskreis "Darm-
städter Signal" hat vor
der Übernahme des US-Kon-
zepts "Air-Land-Battle"
durch die NATO gewarnt.
Wir dokumentieren die Er-
klärung der "nachrüstungs"-
kritischen Bundeswehr-
Offiziere im Wortlaut.
Seite 6

39. Jahrgang / 80

25. April 1984

Gute Wünsche für Portugal

Zum 10. Jahrestag der "Revolution der Nelken"

Von Willy Brandt
Präsident der Sozialistischen Internationale
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Als am Morgen des 25. April 1974 über den katholischen
Rundfunk in Lissabon das Lied "Grândola, Vila Morena"
erklang, wußten nur wenige, daß dies der Beginn eines
großen Tages in der portugiesischen Geschichte war: die
"Revolution der Nelken" hatte ihren Anfang genommen. Ihr
stand, wie man weiß, ein schwieriger Weg bevor.

Es war für alle, die politische Opposition Portugals und
auch für uns, die wir am Schicksal Portugals starken An-
teil nahmen, eine Überraschung, daß sich die "Bewegung der
Streitkräfte" entschlossen hatte, ihrem Land nach Jahr-
zehnten der Diktatur und Rückwärtsgewandtheit Chancen einer
freiheitlichen und demokratischen Entwicklung zu eröffnen.

Die "sanfte Revolution" der portugiesischen Streitkräfte
und ihrer führenden Repräsentanten hat damals in Europa
eine breite Welle der Sympathie und der solidarischen Un-
terstützung gefunden. Wenn es den Militärs zeitweilig auch
schwer gefallen sein mag, politisch Kurs zu halten, so ver-
dienen sie aus heutiger Sicht zweifelsohne den Respekt
demokratischer und fortschrittlicher Kräfte Europas, und
manches von dem, was sie damals gewollt haben, bedarf sicher
noch der ihr zustehenden Würdigung.

In meinem Land erfand man damals den Slogan "Die Nelken
brauchen jetzt Wasser". Darum ging es: Europäische Soli-
darität und aktive Unterstützung für ein Land, dem in
einem historischen Augenblick die Chance gegeben war,
seine schwere koloniale Last, seine eigene Unterentwick-
lung und seine demokratische Zukunft zugleich neuen Lösun-
gen zuzuführen. Das war viel auf einmal, aber für uns ging
es damals darum, gerade in den schwierigsten Phasen des
post-revolutionären Portugal weder Geduld noch Augenmaß zu
verlieren. Auch in dieser Sicht war Portugal eine besondere
europäische Herausforderung.

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Kampagne Umweltschutz
mit dem Logo der
Sozialdemokratischen
Partei



Ich erinnere mich: noch im Herbst 1974 war ich mit anderen - in Portugal und traf Mario Soares wieder, den ich zuvor in dessen Exil kennengelernt hatte. Dann, im Jahre 1975, als der damalige Außenminister der Vereinigten Staaten, Henry Kissinger, voraussagte, daß innerhalb von zehn Jahren ganz Süd-Europa "marxistisch" sein werde, Portugal mithin als "verloren" gelten könne, in diesem Augenblick habe ich zusammen mit Bruno Kreisky, Olof Palme und anderen im Rahmen unserer internationalen Gemeinschaft, der Sozialistischen Internationale, mithelfen können, diesem Land, damals noch am Rande Europas, eine demokratische Zukunft zu sichern. Das Solidaritäts-Komitee der Sozialistischen Internationale für Portugal war ein gutes Beispiel für praktische, tatkräftige Hilfe. Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß es damals gelingen konnte, auch die Präsidenten Venezuelas und Mexikos für die Sache Portugals zu gewinnen. Und warum sollte ich verschweigen, daß es damals auch möglich war, die Sowjetunion an ihre gesamteuropäische Verantwortung zu erinnern. Im europäischen, genau: im sozialdemokratischen Zusammenwirken haben wir damals, so erinnere ich mich, Portugal gute Dienste erwiesen.

Manches von dem, was die "Bewegung der Streitkräfte" an jenem 25. April 1974 gewollt hat, ist inzwischen erreicht: Portugal hat seine koloniale Last in fruchtbare Kooperation umgestalten können. Es war Mairo Soares, der damals die De-Kolonialisierung ermöglicht hat, wie es in dieser Form andere Regierungschefs nach der portugiesischen Revolution vielleicht nicht getan hätten. Heute, in neuer politischer Verantwortung, ist es wiederum Mario Soares, der im südlichen Afrika im Namen Portugals um Ausgleich und Verständigung bemüht ist. Hinzu kommt: Portugal als ein Land an der Peripherie Europas wird bald Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden - und dort gehört es selbstverständlich hin. Und schließlich: Portugal hat seinen Weg zu den europäischen Demokratien gefunden - und wo sonst, als dahin, sollte es gehören?

Noch manches bleibt zu tun, um den sozialen Fortschritt Portugals in dem Maße, wo wir helfen können, zu fördern. Zehn Jahre nach dem 25. April 1974 bleibt dies eine weitere europäische Herausforderung.

Meine Freunde und ich haben sich Mario Soares und seinen Freunden immer eng verbunden gefühlt. Enge persönliche Beziehungen haben die Zusammenarbeit, aber auch den gegenseitigen Respekt vor unterschiedlichen Positionen, über Jahre geprägt. Unsere Internationale Gemeinschaft, die Sozialistische Internationale, hat im April 1983 ihren Kongreß in Albufeira durchgeführt. Sie hat auch damit ihre starke Verbundenheit mit der Sache Portugals zum Ausdruck bringen wollen.

In dem Lied "Grândola, Vila Morena" heißt es auch: "... Land der Brüderlichkeit, das Volk entscheidet wieder in Dir...". Was sollte ich Portugal mehr an guten Wünschen am zehnten Jahrestag seiner Revolution mit auf den Weg geben?

(-/25.4.1984/ks/rs)

+ + +

(Dieser Artikel erscheint heute in "Diario de Noticias", Lissabon).



Braucht der Westen eine neue Strategie?

Ein Beitrag zur sicherheitspolitischen Diskussion (I)

Von Günter Verheugen MdB

"Der Krieg kommt endlich selber am Kriege um.... Es muß zuletzt nicht wie jetzt statt siebenjähriger siebentägige, sondern statt dreißigjähriger dreißigstündige Kriege geben... Und wer bürgt unter den unermeßlichen Entwicklungen der Chemie und Physik dagegen, daß nicht endlich eine Mordmaschine erfunden werde, welche wie eine Mine mit einem Schluß eine Schlacht liefert und schießt, so daß der Feind nur den zweiten tuth, und so gegen Abend der Feldzug abgethan ist?"

(Jean Paul, Dämmerungen für Deutschland).

"Die zerstörerischen Wirkungen der Kernwaffen werden das Tempo der Entscheidungsschlacht erhöhen. Entscheidungsschlachten können Stunden dauern statt Tage oder Wochen."

(Heeresdienstvorschrift der US-Army FM 100-5 Operations)

Mit Recht hat Henry Kissinger unlängst festgestellt, daß in den westlichen Staaten der Konsens über Außen- und Sicherheitspolitik zusammengebrochen ist. Man muß das nicht bedauern, denn der bisherige Konsens war trügerisch. Er beruhte im wesentlichen auf Verdrängungen. Das westliche Bündnis und im Bündnis besonders die Europäer und in Europa in erster Linie die Deutschen hatten sich mit einer sicherheitspolitischen Lebenslüge ganz bequem eingerichtet. Diese Lebenslüge heißt nukleare Abschreckung und, wenn es ganz schlimm kommt, Einsatz von Nuklearwaffen.

Verantwortlich für den Zusammenbruch des Konsensus und für das danach entstandene "strategische Chaos" (Kissinger) im Westen war der Übergang von einer politischen Konzeption der Friedenssicherung (Entspannungspolitik) zu einer militärischen Konzeption, die an die alte Politik der Stärke mehr als nur äußerlich gemahnt. Beides mußte zusammenkommen: Das Versanden der Entspannungspolitik und eine neue Runde im nuklearen Rüstungswettlauf, um auf beiden Seiten des Atlantik eine neue Sensibilität für die Gefahren entstehen zu lassen, die sich aus den Fortschritten der Rüstungstechnologie und der Weiterentwicklung der Militärdoktrinen ergeben. Die europäische und amerikanische Friedensbewegung ist der beeindruckendste Ausdruck dieser neuen Sensibilität, "sinkende Akzeptanz der Nuklearwaffen in den westlichen Gesellschaften" (Weißbuch 1983 zur Sicherheit der Bundesrepublik) die in den Stäben und Ministerien konstatierte Folge. Die Nachrüstungsdebatte hat ein in die Zukunft weisendes Ergebnis gehabt: Europa hat - endlich - vom Baum der Erkenntnis gegessen.

Zeitgleich mit der Nachrüstungsdebatte ist die Strategiediskussion über uns herein-gebrochen. Die Gefahr ist groß, daß dies wieder eine militärische Fachdiskussion wird und daß sich das starke öffentliche Interesse als Modeerscheinung entpuppt (vorgestern war man Bürgerrechtsexperte, gestern Kernphysiker und heute eben ein kleiner Clausewitz). Die Gefahr ist auch groß - speziell in den westeuropäischen Demokratien - daß sich die Politik des neuen Themas in der üblichen opportunistischen, anpasserischen Weise annimmt, und das Thema liegen läßt, sobald die Mode weitergegangen ist. Es gibt aber für verantwortliche Politiker in Europa auf längere Sicht keine wichtigere Aufgabe, als die Grundfragen der europäischen Sicherheit neu aufzurollen, und eine neue,



stabile Konzeption der Friedenssicherung zu entwickeln. Friedenssicherung muß als politische Aufgabe oberste Priorität behalten, und diese Politik muß transparent sein. Sie darf nicht noch einmal hinter der Nebelwand des Expertentums, der Rüstungsinteressen und der dem militärischen Bereich innewohnenden Geheimhaltungs-Manie verschwinden.

Die verantwortlichen Politiker müssen auch darauf achten, daß die Diskussion sich nicht auf militärische Fragen verengt. Die Strategiediskussion, die der Westen führen muß, soll im Ergebnis zu einer Revision seiner "grand strategy" (Helmut Schmidt) führen, also die politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen einschließlich der langfristigen politischen Ziele und der ihnen zugrundeliegenden Wertvorstellungen umfassen.

Ganz gewiß halten das nicht alle in Europa maßgeblichen Kräfte für erforderlich, am wenigsten diejenigen, die über Regierungsmacht verfügen. Der "konservative" Flügel in der Diskussion leugnet zwar nicht die Notwendigkeit einer politischen Revitalisierung des Bündnisses, einer stärkeren europäischen Eigenverantwortung. Er übersieht auch nicht die Unglaubwürdigkeit und die Defizite in der militärischen Verteidigung der NATO. Die Konservativen beharren aber auf drei Grundannahmen sehr prinzipieller Natur, die es ihnen unmöglich machen, zu etwas wirklich Neuem zu kommen.

1. Die Konservativen glauben an ihre eigenen traditionellen Bedrohungsanalysen. Die Vorstellung einer ständig gegenwärtigen sowjetischen Angriffslust stammt noch aus den Tagen, da man Antikommunismus brauchte, um bestimmte Ordnungsvorstellungen im eigenen Land durchsetzen zu können. Daraus ergibt sich zwangsläufig die in der Antike schon bekannte Strategie der Friedenswahrung durch Kriegsvorbereitung. Sicherheit wird in Maßnahmen gesucht, die vor einem angenommenen Gegner schützen sollen und deshalb gegen ihn gerichtet sind. Dadurch nun fühlt der angenommene Gegner sich bedroht und reagiert ebenso: Der Rüstungswettkampf ist programmiert.

Für westeuropäische, besonders für westdeutsche Politiker ist es schwer, aus eigenen, nachprüfbaren Quellen ein gesichertes Lagebild und damit eine realistische Bedrohungsanalyse zu gewinnen. Sie verfügen nicht über die entsprechenden Aufklärungsmittel und keiner soll glauben, es existiere im sicherheitsrelevanten Bereich ein "free flow of information" über den Atlantik. Dennoch führt die Analyse des vorhandenen Materials (wobei auch die zahlreichen Korrekturen zu beachten sind: es ist schon erstaunlich, wie schnell eine "Raketenlücke" oder ein "Fenster der Verwundbarkeit" hinwegeskamotiert werden kann, wenn es gerade in die politische Großwetterlage paßt), zu der Einschätzung, daß die Sowjetunion in ihrem Verhalten gegenüber Westeuropa und den USA eher einem Sicherheitsbedürfnis auf Status-Quo-Ebene folgt als dem Auftrag zur Vollendung der Weltrevolution. Daraus ergibt sich aber die ganz neuartige Chance, nicht ein antagonistisches, sondern ein kooperatives Sicherheitssystem zu schaffen.

2. Die Konservativen halten die Wirksamkeit der nuklearen Abschreckungsdoktrin für erwiesen. Nun liegt das logische Problem bei der nuklearen Abschreckung natürlich so, daß ihre Wirksamkeit solange nicht bewiesen werden kann, wie es keinen Nuklearkrieg gegeben hat. Ob die Sowjetunion Westeuropa deshalb nicht angegriffen hat, weil die westlichen Atomwaffen sie abschrecken, oder weil sie überhaupt nicht angreifen wollte, kann man nur vermuten. Wahrscheinlicher als die These von der Wirksamkeit der Abschreckung ist die Vermutung, daß zumindest die Sicherheit Westeuropas auf diese Weise nicht garantiert werden kann.



Sicher ist eines: der Selbstabschreckungseffekt der Atomwaffen. Das Risiko des eigenen Untergang vor Augen wäre der Einsatz von Atomwaffen keine ultima ratio, sondern die ultima irratio.

Die (westliche) Abschreckungsdoktrin war glaubhaft, solange die USA eine klare Eskalationsdominanz hatten, also auf allen Ebenen einer nuklearen Auseinandersetzung überlegen waren und sie deshalb überleben konnten. Eine solche Dominanz gibt es nicht mehr. West und Ost stehen sich in einem nuklearen Patt gegenüber. Daß sich - außer im Falle eines Kurzschlusses - die USA und die Sowjetunion mit Atomwaffen "duellieren" werden, ist nachgerade unvorstellbar geworden. Es ist wahrscheinlich keine zwingende Logik anzunehmen, die nukleare Abschreckung sei garantiert wirksam, wenn der Einsatz des Abschreckungsinstruments alles andere als garantiert ist. Daß die Amerikaner im Ernstfall dieses Instrument zum Schutz Europas einsetzen würden, sei "die Illusion Europas", spottet Kissinger: Gut, daß er uns die Illusionen nimmt.

Tatsächlich klafft ja auch seit langem eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Abschreckungsdoktrin. Wegen ihrer letztendlichen Unglaubwürdigkeit wurde schon in den sechziger Jahren die Strategie der massiven Vergeltung durch die Strategie der flexiblen Erwiderng ersetzt und in dieser tickt ein eingebauter Selbstmordmechanismus, weil sie aufgrund der Schwäche des konventionellen Bereichs den "early first use", den frühzeitigen atomaren Ersteinsatz, ausdrücklich vorsieht. Die nukleare Option in der Strategie der flexiblen Erwiderng führte zwangsläufig zu einer Praxis der Atomwaffe als Kriegsführungswaffe, zuerst als Gefechtsfeldwaffe, jetzt auch als weitreichende Interdiktionswaffe.

Die Entwicklung der letzten Jahre verläuft eindeutig weg vom Verständnis der Atomwaffe als einer politischen Waffe und führt zu dem Trugschluß, man könne Atomwaffen sozusagen konventionell einsetzen (Adenauers berühmte fortgeschrittene Artillerie).

+ + +

(Den zweiten und abschließenden Teil veröffentlichen wir unserer morgigen Ausgabe).



D O K U M E N T A T I O N

Die im Arbeitskreis "Darmstädter Signal" verbundenen "nachrüstungs"-kritischen Bundeswehr-Offiziere haben das "Air-Land-Battle"-Konzept der USA entschieden zurückgewiesen. Wir dokumentieren eine Erklärung des Arbeitskreises zu dieser US-Doktrin, die den integrierten Einsatz von atomaren, chemischen und konventionellen Waffen vorsieht.

"Darmstädter Signal": "Air-Land-Battle"-Doktrin unverantwortlich

Die betont offensive Konzeption der "Air-Land-Battle"-Doktrin in Verbindung mit der ständigen Zurüstung an neuen Waffensystemen bedroht den Entspannungsprozeß und das friedliche Zusammenleben der Völker. Wer Abschreckung durch Strategien der siegreichen Kriegführung auf allen Ebenen will, nimmt in Kauf, daß seine Beschränkung auf Verteidigung zweifelhaft wird. Die Option, in die Tiefe des Gebietes der Warschauer Vertrags-Organisation (WVO) mit allen Kriegsmitteln zu wirken, schürt historische Ängste bei unseren östlichen Nachbarn.

Kriegshandwerkliche Überlegungen über die Vorzüge des Angriffs vor der Verteidigung werden leichtfertig auf die politische Ebene übertragen. Wer den Angriff zum politischen Prinzip erhebt, vergibt die im Weißbuch 1983 (Nr. 61) noch gestellte Forderung "Konflikte einzudämmen und zu beenden".

Chemische und atomare Massenvernichtungsmittel, die bisher der Abschreckung dienen sollten, werden nach "Air-Land-Battle" zu wesentlichen Elementen der Kriegführung. Die geforderten konventionellen Waffen neuer Qualität heben nicht die Schwelle zum nuklearen Ersteinsatz, sondern schaffen neue Optionen. Überhaupt Gewinnbarkeit von Kriegen in Mitteleuropa zu erstreben, ist angesichts der heutigen Massenvernichtungsmittel unverantwortlich. Gesteigerte Aufrüstung mit Waffen und Massenvernichtungsmitteln auf beiden Seiten wäre die böse Folge, wenn diese amerikanische Kriegführungsdoktrin zu Lande und in der Luft zur NATO-Strategie wird.

Massive Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht und damit gegen unser Grundgesetz wären nicht zu vermeiden. Der Arbeitskreis "Darmstädter Signal" fordert die politischen Verantwortlichen auf, allen Bestrebungen zur waffenklirrenden Offensivstrategie entschieden entgegenzutreten und durch überzeugende Defensivkonzepte das Gefühl gegenseitiger Bedrohung abzubauen, um die Voraussetzung für erfolgreiche Abrüstung auf beiden Seiten zu schaffen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir, daß Verteidigungsminister Manfred Wörner nach der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe in der Türkei erstmals auf Distanz zur offensiven amerikanischen Strategie ging. In diesem seinem Verhalten findet er unsere bereitwillige Unterstützung.
(-/25.4.1984/ks/rs)

+ + +

